

Wirtschaftspolitische Positionen 2006 der IHK-Organisation

Auszüge zu Arbeitsmarkt und Betrieblicher Ausbildung

Arbeitsmarkt

Wie es ist:

Der Arbeitsmarkt in Deutschland weist elementare Funktionsmängel auf - und hemmt unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit.

- Deutschland verliert seit Jahren Arbeitsplätze: 1,7 Mio. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse hat Deutschland in den letzten fünf Jahren eingebüßt. Das bedeutet vor allem Einnahmeausfälle für die Sozialversicherungen, steigenden Druck auf die Lohnzusatzkosten und mehr Arbeitslosigkeit: Rund 4,7 Mio. Arbeitslose sind im Jahresdurchschnitt für 2006 zu erwarten. Die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland ist doppelt so hoch wie im Westen. Und die Hälfte aller Arbeitslosen ist hierzulande schon länger als ein Jahr ohne Job.
- Lohnstückkosten sind immer noch zu hoch: Die Produktivität hierzulande reicht nicht aus, um die hohen Arbeitskosten auszugleichen. Trotz leichter Rückgänge in den letzten Jahren nimmt Deutschland unter den großen Industrienationen bei den Lohnstückkosten nach wie vor einen Spitzenplatz ein.
- Gering Qualifizierte sind besonders betroffen: Fast jede vierte Erwerbsperson ohne Berufsabschluss ist arbeitslos. In Ostdeutschland beträgt die Arbeitslosenrate gering Qualifizierter sogar über 50 Prozent. Eine gute Ausbildung macht sich indes bezahlt: Nur vier Prozent der Akademiker in Deutschland sind arbeitslos.
- Zu wenig Ältere sind erwerbstätig: Derzeit sind in Deutschland weniger als 40 Prozent der zwischen 55- und 64-jährigen beschäftigt - als Folge von Fehlanreizen bei Frühverrentung und Vorruhestand. Dadurch explodieren vor allem die Kosten der Rentenversicherung. Den Unternehmen entgehen Know-How und Erfahrungsschatz älterer Erwerbspersonen. Der Bedarf an Fachkräften und das ab 2015 schrumpfende Erwerbspersonenpotenzial erzwingen eine Strategieumkehr.

Was zu tun ist:

In Deutschland gibt es genug Arbeit. Mit einem flexibleren und deregulierten Arbeitsmarkt könnten diese Beschäftigungspotenziale auch erschlossen werden. Dazu müssen jedoch alle Einstellungshemmnisse auf den Prüfstand - ohne Tabus!

Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Arbeitskosten senken - länger und flexibler arbeiten: Die Kosten der sozialen Sicherung sollten weitestmöglich vom Arbeitseinkommen entkoppelt werden. Ziel muss sein, den Abstand zwischen Brutto- und Nettolohn zu verringern. Auch bei der Entgeltfortzahlung ist mehr Eigenverantwortung des Arbeitnehmers - zum Beispiel in Form von Karenztagen - geboten. Gerade in Westdeutschland müssen zudem die Arbeitszeiten kostensenkend verlängert werden - bei gleichem Einkommen der Beschäftigten und flexibleren Wochenarbeitszeiten. Die Unternehmen werden so wettbewerbsfähiger und haben Spielraum für mehr Innovationen, Investitionen und Beschäftigung am Standort Deutschland.
- Arbeits- und Tarifrecht betriebsnäher ausgestalten: Das Arbeits- und Tarifrecht muss einfacher, transparenter und vor allem für kleinere Unternehmen leichter handhabbar werden. So sollte der Kündigungsschutz weiter gelockert werden und nur in Betrieben mit mehr

als 20 Beschäftigten sowie generell erst nach drei Jahren Betriebszugehörigkeit gelten. Bei Abschluss des Arbeitsvertrags sollte es zudem möglich sein, als Alternative zur Anwendung des Kündigungsschutzgesetzes Abfindungsregelungen zu vereinbaren. Vom Tarifvertrag abweichende Vereinbarungen auf Betriebsebene, die Beschäftigung sichern oder zusätzlich schaffen, sind rechtlich abzusichern - ohne Vetorecht der Tarifparteien.

- Niedriglohnsektor aktivieren statt Mindestlöhne einführen: Mit maßvollen und stärker differenzierten Abschlüssen sollten die Tarifpartner die Beschäftigungschancen gering Qualifizierter vergrößern. Staatliche Mindestlöhne grenzen dagegen niedrig qualifizierte Arbeitslose dauerhaft vom Arbeitsmarkt aus. Arbeitslose sind in die Pflicht zu nehmen, zu ihrem Lebensunterhalt einen möglichst großen Eigenbeitrag zu leisten - auch durch die Annahme niedrig entlohnter Jobs. Der Kombilohn aus Arbeitseinkommen und ergänzendem Transfer darf dabei nicht höher sein als im Rahmen der aktuellen Hinzuverdienstmöglichkeiten.
- Ältere stärker in den Arbeitsmarkt integrieren: Um Fehlanreize zu vermeiden, sollte für alle Arbeitslosen das Arbeitslosengeld nach einem Monat Karenzzeit auf max. 12 Monate begrenzt werden. Die Förderung der betrieblichen Altersteilzeit durch die Arbeitsagenturen muss rasch auslaufen. Gesetzliche und tarifvertragliche Privilegien für Ältere sind hinsichtlich ihrer Beschäftigungswirkungen zu prüfen. Die Verantwortlichen vor Ort sollten Spielraum erhalten, innovative Modelle zur Eingliederung von Älteren und anderen Problemgruppen des Arbeitsmarktes mit überschaubaren finanziellen Risiken zu testen.

Betriebliche Ausbildung

Wie es ist:

Dank der betrieblichen Berufsausbildung hat Deutschland eine vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosigkeit.

- Betriebliche Ausbildung sichert den Nachwuchs an guten Fachkräften: Die Unternehmen gewährleisten eine Ausbildung, die eng mit dem Arbeitsmarkt verbunden ist. Sie wenden dafür jährlich etwa 28 Mrd. Euro auf.
- Duale Ausbildung qualifiziert unsere Jugendlichen: 1,6 Mio. Jugendliche absolvieren derzeit eine betriebliche Ausbildung - rund 60 Prozent eines Jahrgangs.
- Der Ausbildungspakt sichert Chancen für Jugend und Betriebe: Alle ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen erhalten ein Angebot auf Qualifizierung. Freiwillige Partnerschaft hat die Ausbildungsplatzabgabe ersetzt, welche Bürokratie und Kosten in Milliardenhöhe gebracht hätte. Sowohl 2004 als auch 2005 hat die deutsche Wirtschaft die Paktzusagen erfüllt: Statt der angestrebten 30.000 neuen Ausbildungsplätze konnte die Wirtschaft sogar 59.500 (2004) und 63.400 (2005) anbieten.
- Ausbildungsfähigkeit der Bewerber ist oft unzureichend: 50 Prozent der Unternehmen sehen in mangelnder Ausbildungsreife das größte Ausbildungshemmnis. Mehr als 90.000 Jugendliche verlassen pro Jahr die Schulen ohne Abschluss.
- Betriebliche Ausbildung steht vor demografischer Herausforderung: In Ostdeutschland wird die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen noch eher als im Westen zurückgehen. Im Jahr 2011 verlassen in den neuen Bundesländern 110.000 Jugendliche und damit 50 Prozent weniger als heute die Schulen.

Was zu tun ist:

Die enge Verbindung unseres Ausbildungs- mit dem Beschäftigungssystem muss erhalten bleiben, um den Nachwuchs an exzellenten Fachkräften und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.



Folgende Leitlinien müssen das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Ausbildungshemmnisse beseitigen: Eltern und Schulen müssen Ausbildungsreife und Eigeninitiative der Bewerber verbessern. Die Tarifparteien sind gefordert, Übernahmeverpflichtungen abzuschaffen und überhöhte Ausbildungsvergütungen zu vermeiden. Für Azubis unter 18 Jahren sollten flexiblere Arbeitszeiten gelten, die sich an der realen Arbeitswelt orientieren.
- Ausbildung differenzieren: Es muss mehr differenzierte Angebote geben, um den individuellen Begabungen der Jugendlichen und den Bedürfnissen der Betriebe gerecht zu werden. Benötigt werden mehr aufeinander aufbauende Berufe - wie z. B. Verkäufer und darauf aufbauend Kaufleute im Einzelhandel - und neue zweijährige Berufe, wie z. B. die Objektschutzfachkraft.
- Betrieblicher Ausbildung Vorrang geben: Vollzeitschulische Ausbildungsgänge können die praxisnahe betriebliche Ausbildung nicht ersetzen. Die Länder sollten daher Zulassungen vollzeitschulischer Ausbildungsgänge zur IHK-Prüfung nur im Einvernehmen mit der Wirtschaft vornehmen und auf freiwillige Vereinbarungen mit den IHKs setzen.
- Durchlässigkeit herstellen: Prinzipiell müssen auch Absolventen einer dualen Ausbildung Zugang zu den Hochschulen erhalten.
- Deutsche Berufsabschlüsse angemessen im Europäischen Raum einordnen: Der geplante Europäische Qualifikationsrahmen (EQF) darf in betrieblicher Ausbildung erworbene Qualifikationen nicht niedriger als schulisch erworbene einordnen. Die nationale Umsetzung des EQF muss mehr Transparenz und Mobilität schaffen und darf nicht zu mehr Bürokratie führen.

Folgende Leitlinien müssen das Handeln von Unternehmen und von IHKs - als Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft - bestimmen:

- Heute das Kapital von morgen bilden: Ausbildung ist eine Zukunftsinvestition in den eigenen Nachwuchs, die angesichts des demografischen Wandels eine besondere Bedeutung erhält. Die Jugendlichen müssen von den Vorzügen eines Karriereweges „Betriebliche Bildung“ überzeugt werden.
- Pakt für Ausbildung fortentwickeln: Die IHKs werden an der Weiterentwicklung des Paktes intensiv mitwirken. Trotz schwieriger Arbeitsmarktlage und angekündigter Erhöhung der Mehrwertsteuer müssen noch mehr Unternehmen für Ausbildung und Einstiegsqualifizierungen gewonnen werden.

Nach: DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2006): Das soll die Politik in diesem Jahr anpacken – Die 15 Top-Vorschläge. Wirtschaftspolitische Positionen 2006 der IHK-Organisation

Der vollständige Text kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:

<http://www.dihk.de/positionen/wipo2006.pdf>

Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.

